
Kapitel 2

Wiedergründung des Freistaates 1989/90

1 Südliche Bezirke der DDR

Sachsen blickt auf eine so ereignisreiche wie wechselvolle Geschichte zurück.¹ Auf dem Wiener Kongress 1815 musste Sachsen, das bei der „Völkerschlacht“ 1813 nicht für das siegreiche Preußen, sondern für die französische Seite gekämpft hatte, über die Hälfte seines Gebietes an Preußen abtreten („Provinz Sachsen“). Sachsen, beim deutsch-österreichischen Krieg 1866 erneut nicht auf der Seite Preußens, konnte im föderal organisierten Kaiserreich von 1871 an eine gewisse Eigenständigkeit behaupten.² Nach dem Sturz Wilhelm II. dankte der sächsische König Friedrich August III. mit den legendären Worten „macht Euren Dreck alleine“ ab. Im föderalen Gefüge der Weimarer Republik war Sachsen eigenständig – mit zuletzt sieben Stimmen im Reichsrat. Hier dominierten lange die Sozialdemokraten, Anfang der 1930er Jahre trat durch die Erfolge der NSDAP und der KPD eine massive Radikalisierung im Gefüge der politischen Landschaft ein. Die Regierung unter dem parteilosen Walther Schieck (ab 1930) besaß keine parlamentarische Mehrheit. Im Dritten Reich wurde Sachsen „gleichgeschaltet“, so der nationalsozialistische Ausdruck, erst unter Reichskommissar Manfred von Killinger, ab 1935 unter dem Reichsstatthalter für den „Gau Sachsen“ Martin Mutschmann.³

1 Vgl. zusammenfassend Werner Rellecke: Wegmarken sächsischer Geschichte, in: Werner Künzel/ders. (Hrsg.): Geschichte der deutschen Länder. Entwicklungen und Traditionen vom Mittelalter bis zur Gegenwart, Münster 2005, S. 315–350; zur jüngeren Zeit siehe Mike Schmeitzner: Freistaat – Gau – Bezirke. Sachsen im Spannungsfeld von Demokratie und Diktatur 1919–1989, in: Konstantin Hermann (Hrsg.): Sachsen seit der Friedlichen Revolution. Tradition, Wandel, Perspektiven, Dresden 2010, S. 46–58.

2 Vgl. Simone Lässig/Karl Heinrich Pohl (Hrsg.): Sachsen im Kaiserreich. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft im Umbruch, Köln u. a. 1997.

3 Vgl. Andreas Wagner: „Machtergreifung“ in Sachsen. NSDAP und staatliche Verwaltung 1930–1935, Köln 2004; Clemens Vollnhals (Hrsg.): Sachsen in der NS-Zeit, Leipzig 2002.

Das Ende des Zweiten Weltkrieges in Europa bedeutete bald das Ende der Anti-Hitler-Koalition. Gemäß der alliierten Neuaufteilung vom 1. Juli 1945 (das von sowjetischen Truppen besetzte Berlin wurde zur Vier-Sektoren-Stadt) fiel der zunächst von den amerikanischen Truppen eingenommene Teil Sachsens sowie Thüringens und Mecklenburgs an die Sowjetunion. Die westlich der Neiße gelegenen Kreise der preußischen Provinz Schlesien kamen zu Sachsen, dessen Großstädte, bombardiert von den Alliierten, in Schutt und Asche lagen. Bereits im Juli 1945 ließ die Sowjetische Militär-Administration für Deutschland (SMAD) Landesverwaltungen errichten: in den Ländern Sachsen, das am 6. Juli 1945 entstand, Mecklenburg und Thüringen sowie in den Provinzen Brandenburg und Sachsen-Anhalt (nach der Auflösung Preußens 1947 erhielten diese auch den Status eines Landes). In den Landesverwaltungen nahmen Kommunisten wegen der Unterstützung durch die SMAD schnell zentrale Positionen ein. Das sowjetische Modell wurde mehr oder weniger auf ihre Zone übertragen. In Sachsen gingen kommunistische Kader früh ans Werk, ihre Machtbastionen auszubauen, etwa durch Ausschaltung sozialdemokratischer Kräfte.⁴ Dass der Sozialdemokrat Rudolf Friedrichs, der Dresdner Oberbürgermeister, an die Spitze der Landesverwaltung gelangte (er verfügte über langjährige Kommunalerfahrung), steht dazu in keinem Gegensatz. Die SMAD wollte auf diese Weise die Sozialdemokratie einbinden.⁵ Als „starker Mann“ in Sachsen erwies sich anfangs der Kommunist Kurt Fischer, Innenminister bis 1948, danach bis zu seinem Tod 1950 Chef der Deutschen Volkspolizei.

Die Landtagswahlen vom 20. Oktober 1946, durch vielfältige Schikanen nicht als frei zu bezeichnen, brachten zwar klare Wahlsiege der im April 1946 durch die Zwangsvereinigung von KPD und SPD entstandenen Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED), doch nirgendwo erreichte diese die absolute Mehrheit der Stimmen (im Gegensatz zu den Gemeinde- und Kreistagswahlen).⁶ In Sachsen erhielt sie 49,1 Prozent, die LDP 24,7 Prozent, die CDU 23,3 Prozent, die Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe 1,7 Prozent.⁷ Letztgenannte trat an, um von den „bürgerlichen“ Kräften Stimmen abzuziehen. Alle Parteien waren in die von den Kommunisten bestimmte Antifa-„Blockpolitik“ einbezogen. Bis auf Sachsen-Anhalt unter Erhard Häberer von der DPD stellte die SED überall die Ministerpräsidenten. In Sachsen übernahm diese Aufgabe der

4 Vgl. Stefan Donth: Die KPD als Partei der Diktaturdurchsetzung in Sachsen. Erste Weichenstellungen bis zur Zwangsvereinigung mit der SPD, in: Rainer Behring/Mike Schmeitzner (Hrsg.): Diktaturdurchsetzung in Sachsen. Studien zur Genese der kommunistischen Herrschaft 1945–1952, Köln u. a. 2003, S. 103–128.

5 Vgl. Andreas Thüsing: Der staatliche Neuanfang in Sachsen 1945–1952, in: Rainer Behring/Mike Schmeitzner (Anm. 4), S. 171–199, hier S. 174.

6 Vgl. Günter Braun: Wahlen und Abstimmungen, in: Martin Broszat/Hermann Weber (Hrsg.): SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone 1945–1949, München 1990, S. 381–431.

7 Im Gegensatz zu den anderen Ländern kandidierten in Sachsen noch die Frauenausschüsse und der Kulturbund (jeweils 0,6 Prozent).

ehemalige Sozialdemokrat Friedrichs – bis zu seinem Tod 1947. Ihm folgte Max Seydewitz (bis zur Auflösung der Länder 1952), in der Weimarer Republik einer der Vorsitzenden der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD), einer linken Abspaltung der SPD.

Die „Diktaturdurchsetzung in Sachsen“⁸ verlief nicht geradlinig, aber insgesamt ohne größere Widerstände. Die (wegen der zunächst reservierten Haltung der LDP und der CDU zur „Einheitsliste“ um ein Jahr verschobenen) Wahlen zur Volkskammer und zu den Länderkammern fanden am 15. Oktober 1950 statt. Bei der Wahl zur Volkskammer entfielen auf die „Einheitsliste“ 99,7 Prozent (bei einer Wahlbeteiligung von 98,5 Prozent). In Sachsen war dies nicht anders (Wahlbeteiligung: 98,1 Prozent; Ja-Stimmen: 99,8 Prozent). Zum einen gab es Wahlfälschungen, zum anderen teilweise eine „offene“ Wahl. Die Mandate wurden nach einem festen Schlüssel an die Parteien und Massenorganisationen verteilt. Nach den Landtagswahlen wuchs der Einfluss der SED weiter, so auch in Sachsen. Bereits vorher, im Februar 1950, musste Hugo Hickmann, einer der wenigen Opponenten innerhalb der CDU gegen den Kurs der SED, als Vizepräsident des Sächsischen Landtages zurücktreten und seinen Parteiausschluss hinnehmen. Im Jahre 1950 kamen alle Ministerpräsidenten und Innenminister aus den Reihen der SED. In ihren Augen fand 1950 „der Prozess der Errichtung der Arbeiter-und-Bauern-Macht als einer Staatsmacht vom Typ der Diktatur des Proletariats im Wesentlichen seinen Abschluss“.⁹

Anfang Juli 1952 proklamierte die II. Parteikonferenz der SED die „planmäßige Errichtung der Grundlagen des Sozialismus in der DDR“. Eine erste wichtige Konsequenz: Die Volkskammer beschloss am 23. Juli 1952, den Föderalismus zu beseitigen und die Länder aufzulösen, nachdem das Politbüro bereits im April die Entscheidung darüber getroffen hatte.¹⁰ Neben „Berlin“, der „Hauptstadt der DDR“, der ebenso die Funktionen eines Bezirks oblagen, entstanden 14 Bezirke mit 217 Kreisen. Wie die Präambel zum „Gesetz über die weitere Demokratisierung des Aufbaus und der Arbeitsweise der staatlichen Organe in den Ländern in der Deutschen Demokratischen Republik“ verlautbaren ließ, sollte die frühere administrative Gliederung, „jetzt zu einer Fessel der neuen Ordnung“ geworden, ein Ende finden: „Die örtlichen Organe der Staatsgewalt müssen deshalb so reorganisiert werden, dass der Staatsapparat die Möglichkeit erhält, den Willen der Werktätigen, der in den Gesetzen der Deutschen Demokratischen Republik zum Ausdruck gebracht ist, unverbrüchlich zu erfüllen und, gestützt auf die Initiative der Massen, eine Politik des werktätigen Volkes durchzuführen.“ § 1 des Gesetzes bestimmte: „Die Länder haben eine Neugliederung ihrer Gebiete in Kreise vorzuneh-

8 So der treffende Titel von Rainer Behring/Mike Schmeitzner (Anm. 4). Siehe auch Thomas Widera: Dresden 1945–1948. Politik und Gesellschaft unter sowjetischer Besatzungsherrschaft, Göttingen 2004.

9 DDR. Werden und Wachsen, Berlin (Ost) 1974, S. 191; zitiert nach Hermann Weber: DDR. Grundriss der Geschichte 1945–1990, Hannover 1991, S. 45.

10 Vgl. Henning Mielke: Die Auflösung der Länder in der SBZ/DDR 1945–1952, Stuttgart 1995.

men.“ Und § 2 lautete: „Die Länder haben jeweils mehrere Kreise in Bezirke zusammenzufassen.“ So erließ das Land Sachsen (wie jedes andere) ein entsprechendes Gesetz am 25. Juli 1952. Seit dem 1. August 1952 war von Bezirken die Rede, nicht mehr von Ländern. Diese Bezirke bildeten die mittlere politisch-administrative Ebene. Die Bezirkstage, deren Zusammensetzung durch den festen Mandatsschlüssel vorgegeben war, spielten gegenüber dem Rat des Bezirkes kaum eine Rolle.

Die 1949 eingerichtete Länderkammer bestand formal fort, ihre Auflösung folgte erst 1958.¹¹ In ihrer dritten Wahlperiode trat sie nur einmal – am 10. Dezember 1958 – zusammen: um das eigene Ende zu sanktionieren. Das „skurrilste Staatsorgan“¹², das die DDR jemals ins Leben gerufen und zunächst beibehalten hatte (eine Länderkammer ohne Länder), machte in ihrer Existenz kein einziges Mal von dem ihr laut Verfassung zustehenden Vetorecht Gebrauch. In der Präambel zum „Gesetz über die Auflösung der Länderkammer der Deutschen Demokratischen Republik“ vom 8. Dezember 1958 hieß es: „Die Auflösung der Länderkammer ist das Ergebnis der Festigung des Arbeiter-und-Bauern-Staates und der Entfaltung der sozialistischen Demokratie.“

Sachsen-Anhalt wurde in zwei Bezirke (Halle, Magdeburg) aufgeteilt, Brandenburg in drei (Cottbus, Frankfurt an der Oder, Potsdam), ebenso Mecklenburg (Neubrandenburg, Rostock, Schwerin), Thüringen (Erfurt, Gera, Suhl) und Sachsen (Chemnitz, Dresden, Leipzig). Der Bezirk Chemnitz, der vom 10. Mai 1953 bis zum 31. Mai 1990 Karl-Marx-Stadt hieß, bestand ursprünglich aus fünf Stadtkreisen (Chemnitz, Johanngeorgenstadt [bis 1957], Plauen, Schneeberg [bis 1958], Zwickau) und 21 Landkreisen, der Bezirk Dresden aus zwei Stadtkreisen (Dresden, Görlitz) und 15 Landkreisen, der Bezirk Leipzig aus einem Stadtkreis (Leipzig) und 12 Landkreisen. Karl-Marx-Stadt war mit rund zwei Millionen Einwohnern der bevölkerungsreichste Bezirk. Nach Halle folgten die anderen beiden sächsischen Bezirke Dresden und Leipzig. Die Bezirke der DDR kooperierten kaum miteinander.

Der Einfluss der Vorsitzenden des Rates des Bezirkes fiel schwächer aus als jener der Ersten Sekretäre der SED-Bezirksleitung.¹³ So sind ihre Namen kaum bekannt, die der Ersten Sekretäre schon eher (Tabelle 1).¹⁴ Von diesen regionalen SED-Führungskadern, die zum Teil über einen beträchtlichen Handlungsspielraum verfügten, vor allem

11 Vgl. ausführlich dazu Christian Thiem: Die Länderkammer der Deutschen Demokratischen Republik (1949–1958). Eine verfassungsgeschichtliche Darstellung von der Entstehung bis zur Auflösung, Berlin 2011.

12 So Peter Joachim Lapp: Die Volkskammer der DDR, Opladen 1975, S. 39.

13 Vgl. exemplarisch die Grundlagenstudie von Mario Niemann: Die Sekretäre der SED-Bezirksleitungen 1952–1989, Paderborn 2007.

14 Neben dem Ersten Sekretär gab es einen Zweiten Sekretär sowie Sekretäre für die Ressorts: Agitation und Propaganda; Industrie, Bauwesen, Wirtschaft; Wissenschaft, Volksbildung und Kultur; Handel, Öffentliche Versorgung und Landwirtschaft. Insgesamt übten 415 Personen diese 514 Positionen aus. Der Grund für die Differenz: Eine Reihe von Funktionären hatte im Laufe der Zeit mehrere Funktionen inne.

Tabelle 1 Vorsitzende des Rates der Bezirke sowie Erste Sekretäre der SED-Bezirksleitungen Karl-Marx-Stadt (Chemnitz), Dresden und Leipzig

	Karl-Marx-Stadt (Chemnitz)	Dresden	Leipzig
Ratsvorsitzende	Max Müller (1952–60)	Rudi Jahn (1952–58)	Karl Adolphs (1952–59)
	Werner Felfe (1960–63)	Walter Weidauer (1958–61)	Erich Grützner (1959–74)
	Heinz Arnold (1963–81)	Günther Witteck (1961–63)	Rolf Opitz (1974–89)
	Lothar Fichtner (1981–90)	Manfred Scheler (1963–82)	Joachim Dreher (1989–90)
	Albrecht Buttolo (1990)	Günther Witteck (1982–89)	Rudolf Krause (1990)
	(Regierungsbevollmächtigter)	Wolfgang Sieber (1989–90)	(Regierungsbevollmächtigter)
		Michael Kunze (1990)	
		Siegfried Ballschuh (1990)	
		(Regierungsbevollmächtigter)	
1. Sekretäre	Walter Buchheim (1952–59)	Hans Riesner (1952–57)	Karl Schirdewan (1952)
	Rolf Weihs (1960–63)	Fritz Reuter (1957–60)	Paul Fröhlich (1952–70)
	Paul Roscher (1963–76)	Werner Krolikowski (1960–73)	Horst Schumann (1970–89)
	Siegfried Lorenz (1976–89)	Hans Modrow (1973–89)	Roland Wötzel (1989–90)
	Norbert Kertscher (1989–90)	Hansjoachim Hahn (1989–90)	

dann, wenn sie der Zentrale „zuarbeiteten“, sich aber keine Eigenmächtigkeiten erlauben durften, gehörte etwa jeder Vierte vor, während oder nach der Amtszeit dem Politbüro an. Von den Ersten Sekretären der SED-Bezirksleitungen aus Karl-Marx-Stadt, Dresden und Leipzig traf dies auf Paul Fröhlich zu (1952–1970 Erster Sekretär in Leipzig und Politbüromitglied 1963–1970), auf Werner Krolikowski (1960–1973 Erster Sekretär in Dresden und Politbüromitglied 1971–1989), auf Siegfried Lorenz (1976–1989 Erster Sekretär in Karl-Marx-Stadt und Politbüromitglied 1986–1989) sowie auf Hans Modrow (1973–1989 Erster Sekretär in Dresden und Politbüromitglied 1989), der vom Herbst 1989 bis zum Frühjahr 1990 als DDR-Ministerpräsident fungierte. Die Kaderpolitik der SED mit geschulten Funktionären fiel nicht nur in Sachsen ausgeklügelt aus.¹⁵

Zwischen der jeweiligen SED-Bezirksleitung und der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit gab es eine enge Zusammenarbeit, aber auch Spannungen, wie Gunter Gerick am Beispiel des Bezirks Karl-Marx-Stadt nachweisen kann.¹⁶ Siegfried Gehlert, der langjährige Chef der dortigen Staatssicherheit (1958–1989), trat gegenüber Siegfried Lorenz, dem Ersten Sekretär der SED-Bezirksleitung, nicht bloß als Auftragnehmer auf, sondern wollte mit „seiner“ Staatssicherheit Unzulänglichkeiten des Staates oder der Partei eigenständig „ausbügeln“. Der Herrschaftsanspruch der Partei fiel damit stärker aus als deren Herrschaft. Insgesamt dominierte diese gegenüber der Staatssicherheit, die nicht

15 Vgl. Mario Niemann: Zur Kaderpolitik der SED in Sachsen. Die Sekretäre der 1952 gebildeten Bezirksleitungen Chemnitz, Dresden und Leipzig, in: Michael Richter u. a. (Hrsg.): Länder, Gaue und Bezirke. Mitteldeutschland im 20. Jahrhundert, Dresden 2007, S. 231–254.

16 Vgl. Gunter Gerick: Das Verhältnis der SED-Bezirksleitung Karl-Marx-Stadt und der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit in Spannungsperioden von 1961–1989, Berlin 2013.

als „Staat im Staate“ fungierte, sondern als „Schild und Schwert“ der Partei, wie es dem Selbstverständnis der Tschekisten entsprach. Am Ende der SED-Diktatur brachen nicht nur im Bezirk Karl-Marx-Stadt Konflikte zwischen der Partei und der Staatssicherheit offen aus. Die eine Seite sprach (vor dem Hintergrund des ökonomischen Niedergangs und um das System zu retten) das Versagen der Partei an, die andere Seite wollte die Staatssicherheit als Sündenbock präsentieren und damit ein „Bauernopfer“ bringen.

Die Unzufriedenheit der Menschen mit dem ökonomischen, politischen und gesellschaftlichen System der DDR fiel im dichtbesiedelten und stark industrialisierten Sachsen, u. a. bedingt durch den Verfall der Städte und die massive Umweltbelastung, höher aus als anderswo. Eine Anti-Haltung gegenüber dem als privilegiert geltenden Berlin grassierte. Auch wenn das „Land Sachsen“ von 1952 an nicht mehr existierte, so fühlten sich viele Bürger aufgrund der Tradition, die Identität geschaffen hatte, ungebrochen als Sachsen. Die DDR war kein homogener Staat, sie war voller historisch gewachsener Regionalismen. Das 1979 veröffentlichte Lied des Kabarettisten Jürgen Hart „Sing, mei Sachse sing“ feierte mit seinen selbstironischen Anspielungen große Erfolge. Die Bezugnahme auf Sachsen verschwand selbst offiziell nicht völlig, sie nahm in der Spätphase sogar zu – es gab im Verlauf der „Erbe“-Diskussion nicht nur eine „Preußen“-, sondern auch eine „Sachsen“-Renaissance.¹⁷ Im Jahr 1989 kam etwa eine „Geschichte Sachsens“ auf den Markt.¹⁸ 1987 sorgte die opulente DDR-Fernsehserie „Sachsens Glanz und Preußens Gloria“ für Furore.¹⁹

Im Volksmund am Ende des 19. Jahrhunderts war die folgende Sentenz – so oder ähnlich – weit verbreitet: „In Chemnitz wird gearbeitet, in Leipzig gehandelt und in Dresden geprasst.“ Dieser „Spruch“, der auf die (bis heute fortdauernde) Konkurrenz der drei großen sächsischen Städte anspielte, hatte sich auch in der DDR gehalten. Chemnitz galt als die Industriehochburg, Leipzig als das Handelszentrum und Dresden, das „Elbflorenz“, als die Stadt der Kunst und Kultur. Allerdings gab es zwischen den drei aus dem Land Sachsen hervorgegangenen Bezirken wenige Verbindungen. Der sächsische Bezirk Karl-Marx-Stadt (Chemnitz) hatte – mit dem Vogtland – eine Grenze zum „Westen“ wie die drei thüringischen Bezirke Erfurt, Gera und Suhl an Bayern, Hessen oder Niedersachsen grenzten. Dieser Umstand blieb wohl nicht ohne Prägekraft.

17 Vgl. Ulf Morgenstern: Sächsische (Dis-)Kontinuitäten und die „Sachsenrenaissance“. Von Verschwinden und Wiederkehr Sachsens in den vier Jahrzehnten der DDR, in: Konstantin Hermann (Anm. 1), S. 28–45.

18 Vgl. Karl Czok (Hrsg.): Geschichte Sachsens, Weimar 1989.

19 Vgl. Jens Jungmann: Sachsens Glanz und Preußens Gloria, Dresden 2012.

2 Sachsen als „Kernland“ der friedlichen Revolution 1989

Sachsen fällt bei der friedlichen Revolution eine Vorreiterrolle zu²⁰ – das bereits deutlich vor 1989. Der Handwerker Hansjörg Weigel rief 1973 das christliche Friedensseminar Königswalde ins Leben,²¹ der Pfarrer Harald Bretschneider 1980 die erste „Friedensdekade“, der Pfarrer Christoph Wonneberger 1981 eine Initiative für einen Sozialen Friedensdienst (eine Art Zivildienst wie in der Bundesrepublik als Alternative zum Wehrdienst). Insofern darf es nicht verwundern, wenn einschlägige Publikationen die damaligen Akteure ausgiebig zu Wort kommen lassen.²² Feierte die Staatsführung am 7. Oktober 1989 in der „Hauptstadt der DDR“ das 40jährige Bestehen des Landes, so nahmen am 9. Oktober, dem „Kerndatum der friedlichen Revolution“ (Christian Führer), an der Leipziger Montagsdemonstration 70 000 Personen teil. Diese machtvolle Kundgebung gegen das Regime leitete dessen Ende ein. Mit ihrem friedlichen Ausgang war eine „chinesische Lösung“ offenkundig vom Tisch. Kein Jahr nach diesen atemberaubenden Ereignissen gehörte die DDR der Vergangenheit an, entstand Sachsen als Land eines vereinten Deutschlands wieder.

Der Süden der Republik, namentlich Sachsen, hatte den größten Anteil an der friedlichen Revolution. Der Norden war ein Nachzügler.²³ Die fortbestehende Bedeutung des sächsischen Landesbewusstseins offenbarte beispielsweise das Auftauchen weiß-grüner Sachsen-Flaggen bei den Demonstrationen im Herbst 1989. Viele Sachsen fühlten sich in der DDR benachteiligt – die Staatsführung privilegierte ihr Aushängeschild Berlin, wo ein Großteil der SED-Elite lebte. Leipzig, die „Heldenstadt“, durch die Messe eine Art Kommunikationszentrum für westliche Journalisten, fungierte als ein Vorreiter in der deutschen Herbstrevolution. Es besaß „eine ungemein lebendige Jugend- und Alternativszene. Punks, Freaks, Friedensbewegung, Umweltschützer und ‚stille‘ Hausbesetzer lebten und engagierten sich in der DDR-Messestadt.“²⁴ Der Einfluss Leipzigs erwies sich auch deshalb als nachhaltig, weil die „Ausreiser“ von den systemkritischen Kräften nicht als „Ausreißer“ denunziert wurden und bei den Aktionen mitmachen konnten.

20 Das Standardwerk zu dieser Thematik stammt von Michael Richter: Die Friedliche Revolution. Aufbruch zur Demokratie in Sachsen 1989/90, 2 Bde., Göttingen 2009.

21 Vgl. Matthias Kluge: Das Christliche Friedensseminar Königswalde bei Werdau. Ein Beitrag zu den Ursprüngen der ostdeutschen Friedensbewegung in Sachsen, Leipzig 2004.

22 Vgl. Eckhard Jesse (Hrsg.): Friedliche Revolution und deutsche Einheit. Sächsische Bürgerrechtler ziehen Bilanz, Berlin 2006; ders./Thomas Schubert (Hrsg.): Zwischen Konfrontation und Konzession. Friedliche Revolution und deutsche Einheit in Sachsen, Berlin 2010.

23 Vgl. etwa Uta Stolle: Der Aufstand der Bürger. Wie 1989 die Nachkriegszeit in Deutschland zu Ende ging, Baden-Baden 2001.

24 So Fred Kowasch: Die Entwicklung der Opposition in Leipzig, in: Eberhard Kuhrt (Hrsg.): Opposition in der DDR von den 70er Jahren bis zum Zusammenbruch der SED-Herrschaft, Opladen 1999, S. 213–235, hier S. 214.

Die Friedensgebete gingen bis auf den Beginn der 1980er Jahre zurück,²⁵ zunächst unter dem Diakon Günter Johannsen, später unter den Pfarrern Christoph Wonneberger und Christian Führer. Am 4. September 1989 war es erstmals nach einem Friedensgebet zu einer (Montags-)Demonstration von etwa 1000 Personen aus den Reihen der „Basisgruppen“ gekommen. Diese wollten ihr Land nicht verlassen, sondern verändern. In der Folge stieg die Zahl der Teilnehmer kontinuierlich an: von 5000 (25. September) auf 20 000 (2. Oktober) und schließlich auf 70 000 (9. Oktober). Wegen des Machtvakuum zwischen dem angeschlagenen Politbüro und den Sicherheitskräften und wohl auch durch die Intervention örtlicher SED-Repräsentanten behinderte – anders als zuvor – niemand den eindrucksvollen Demonstrationzug oder löste ihn gar gewaltsam auf. Offenbar wurde die Polizei von dieser Menschenmenge überrascht; dazu kam das Machtvakuum im Politbüro. Damit war der Bann gebrochen.²⁶ Am 16. Oktober demonstrierten in Leipzig rund 120 000 Menschen, am 23. Oktober etwa 200 000, am 30. Oktober 300 000, am 6. November sogar 350 000 bis 400 000.²⁷ Die Parolen²⁸ und Demonstrationen griffen auf die gesamte DDR über. Ein Land war im „Ausnahmestand“. Nach dem Fall der Mauer ging die Zahl der Demonstranten zurück (wiewohl noch über 100 000). Bald wurde nicht mehr für „Freiheit“ („Wir sind das Volk“), sondern für „Einheit“ („Wir sind ein Volk“) demonstriert.

Mit Leipzig konkurriert Dresden um die Vorreiterrolle.²⁹ Im „Tal der Ahnungslosen“ (ARD – „Außer Raum Dresden“, so der Volksmund) machte sich eine extreme Unzufriedenheit mit der SED-Diktatur bemerkbar, war doch die Zahl der Ausreiseanträge überproportional hoch. Als die Prager Botschaftsflüchtlinge in Sonderzügen den Dresdner Hauptbahnhof passierten, kam es dort um den 8. Oktober zu Tumulten. Dresden „brodelte“. Kaplan Frank Richter hatte an der Bildung der „Gruppe der 20“, die am 8. Oktober 1989 einen „Dialog“ zwischen der Staatsmacht und den Demonstranten und zugleich das Ende der SED-Herrschaft in Dresden einleitete, ein großes Verdienst.³⁰ Vom 10. Oktober an gehörte auch Herbert Wagner, der spätere Dresdner Oberbürgermeister, zu dieser Gruppe. Aus ihr ging im Januar 1990 die „Basisdemokratische Fraktion“ der Dresdner Stadtverordnetenversammlung hervor. Die Gruppe startete die „Eine-Mark-Aktion“. Sie bat die Bürger darum, eine Mark auf ein Postscheckkonto als Zeichen der

25 Vgl. Christian Dietrich/Uwe Schwabe (Hrsg.): Freunde und Feinde. Dokumente zu den Friedensgebeten in Leipzig zwischen 1981 und dem 9. Oktober 1989, Leipzig 1994.

26 Vgl. u. a. Martin Jankowski: Der Tag, der Deutschland veränderte. 9. Oktober 1989, Leipzig 2007.

27 Die Zahlenangaben schwanken. Vgl. etwa Karl-Dieter Opp/Peter Voß: Die volkseigene Revolution, Stuttgart 1993, S. 46.

28 Der Leipziger Historiker Hartmut Zwahr hat als Zeuge die Vielzahl der Parolen festgehalten. Vgl. ders.: Ende einer Selbstzerstörung. Leipzig und die Revolution in der DDR, Göttingen 1993. Siehe auch Ehrhart Neubert: Revolution und Revisionismus in Sprache, Geschichte und Recht, in: Totalitarismus und Demokratie 3 (2006), S. 47–77.

29 Vgl. Karin Urich: Die Bürgerbewegung in Dresden 1989/90, Köln u. a. 2001.

30 Vgl. Michael Richter/Erich Sobeslavsky: Die Gruppe der 20. Gesellschaftlicher Aufbruch und politische Opposition in Dresden 1989/90, Köln u. a. 1999.

Unterstützung zu überweisen. Die Aktion gedieh zu einem großen Erfolg und delegiti­mierte die SED. Die SED-„Reformer“ Wolfgang Berghofer und Hans Modrow suchten anfangs durch „Dialog“ den Protest zu kanalisieren, mussten aber bald das Heft des Handelns aus der Hand geben.

Der „Dresdner Weg“ von der Diktatur zur Demokratie, gekennzeichnet durch eine regionale oppositionelle Strömung, deren Kompass beizeiten auf die deutsche Einheit wies, und eine flexible SED, die als erste vom Konfrontationskurs abwich, unterscheidet sich damit vom „Berliner Weg“.³¹ Zudem war die oppositionelle Szene, die weithin der Vereinnahmung durch die „alten Kräfte“ widerstand, in Sachsen stark an den Interessen der Bevölkerungsmehrheit ausgerichtet – sie frönte weniger Maximen eines „dritten Weges“.

Die – nahezu gängige – Fixierung auf Leipzig und Dresden verkennt die Breite der Proteste. So gingen in Karl-Marx-Stadt am 7. Oktober, dem „Tag der Republik“, Hunderte auf die Straße und riefen: „Wir wollen Freiheit.“ Die Mobilisierung der Massen nahm im Bezirk Karl-Marx-Stadt insgesamt größere Ausmaße an als in den Bezirken Dresden oder Leipzig. So demonstrierten in Plauen am 7. Oktober ohne größere organisatorische Leitung über 10 000 Menschen, weitgehend ungestört von den Sicherheitsbehörden. Die (keineswegs systemimmanenten) Forderungen lauteten u. a.: „Versammlungs- und Demonstrationsrecht, Streikrecht, Meinungs- und Pressefreiheit, Zulassung der Oppositionsgruppe ‚Neues Forum‘ sowie anderer unabhängiger Parteien und Umlandgruppen, freie demokratische Wahlen, Redefreiheit für alle.“³² Lange Zeit fand Plauen bei der Erinnerung an die friedliche Revolution 1989 kaum Erwähnung. „Dass das vogtländische Plauen zeitlich und inhaltlich voranging, sollte aber nicht vergessen werden. Es ist ein Ruhmesblatt in der Geschichte der Stadt, Sachsens und Deutschlands.“³³ Der 7. Oktober war der dortige Beginn der samstäglichen Demonstrationen, die bis zum 17. März 1990 anhielten, dem Tag vor der ersten und letzten demokratischen Volkskammerwahl.³⁴

Der Fall der Mauer am 9. November 1989 ist zwar von hoher Symbolkraft (und für die rasche Entwicklung hin zur deutschen Einheit wichtig), aber das Zusammenwirken von Flucht- und Protestbewegung führte erst die Voraussetzungen für den Mauerfall herbei.³⁵ Insofern kommt den friedlichen Protesten eine größere Relevanz für das

31 Zu den Begriffen vgl. Uwe Thaysen: Der Weg des politischen Umbruchs in der DDR. Der Berliner und der Dresdner Pfad der Demokratiefindung, in: Karl Eckart/Manfred Wilke (Hrsg.): Berlin, Berlin 1997, S. 71–90.

32 Zitiert nach Thomas Küttler: Die Wende in Plauen, in: Alexander Fischer/Günther Heydemann (Hrsg.): Die politische „Wende“ 1989/90 in Sachsen. Rückblick und Zwischenbilanz, Weimar u. a. 1995, S. 147–155, hier S. 149.

33 So Wolfgang Schuller: Die deutsche Revolution 1989, Berlin 2009, S. 115.

34 Vgl. ausführlich und anschaulich Thomas Küttler/Jean Curt Rödlter: Die Wende in Plauen. Eine Dokumentation, 6. Aufl., Plauen 1999.

35 Vgl. das einleuchtende Modell von Albert O. Hirschman: Abwanderung und Widerspruch und das Schicksal der Deutschen Demokratischen Republik. Ein Essay zur konzeptionellen Geschichte, in: Leviathan 20 (1992), S. 330–358.

Tabelle 2 Sprechchor- und Transparentforderungen (4. September bis 17. November 1989)

Freiheit!	4. September, Leipzig, Sprechchor; (7. Oktober, Dresden, Plauen, Sprechchor).
Wir wollen raus!	4. September, Leipzig, Sprechchor.
Nehmt uns mit in die BRD!	4. September, Leipzig, Sprechchor.
Wir bleiben hier!	4. September, Leipzig, Sprechchor.
Reisefreiheit statt Massenflucht!	4. September, Leipzig, Transparent; (7. Oktober, Karl-Marx-Stadt).
Neues Forum zulassen!	25. September, Leipzig, Sprechchor.
Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit!	25. September, Leipzig, Sprechchor.
Demokratie, jetzt oder nie!	2. Oktober, Leipzig, Sprechchor.
Gorbi, Gorbi!	2. Oktober, Leipzig, Sprechchor.
Stasi weg!	2. Oktober, Leipzig, Sprechchor.
Reformen brauchen wir!	7. Oktober, Dresden, Sprechchor.
(zur Polizei) Schämt euch!	7. Oktober, Dresden, Sprechchor.
Keine Gewalt!	7. Oktober, Dresden, Sprechchor.
(zur Polizei) Vater schlag nicht! Bruder schlag nicht!	7. Oktober, Dresden, Sprechchor.
Waffen weg!	7. Oktober, Plauen, Sprechchor.
Deutschland!	7. Oktober, Plauen, Sprechchor.
SED, das tut weh!	7. Oktober, Plauen, Sprechchor.
Wir brauchen Reformen!	7. Oktober, Plauen, Transparent.
Wir kommen wieder!	7. Oktober, Plauen, Sprechchor.
Wir sind das Volk!	8. Oktober, Dresden, Sprechchor. 9. Oktober, Leipzig, Sprechchor.
Freie Wahlen!	9. Oktober, Leipzig, Sprechchor.
Montags sind wir wieder da!	16. Oktober, Leipzig, Massengesang.
Jeder bringt noch einen mit!	16. Oktober, Leipzig, Massengesang.
DDR	21. Oktober, Plauen, Transparent.
Die Mauer muß weg!	23. Oktober, Leipzig, Sprechchor.
Freiheit für die ČSSR!	30. Oktober, Leipzig, Transparent.
Zu spät!	6. November, Leipzig, Sprechchor.
Ohne SED!	6. November, Leipzig, Sprechchor.
Jagen wir die SED endlich davon!	6. November, Leipzig, Transparent.
Grenze öffnen!	6. November, Leipzig, Sprechchor.
SED – Sand im deutschen Getriebe	10. November, Auerbach, Transparent.
Es wird weiter demonstriert, bis die Partei die Macht verliert	11. November, Plauen, Transparent.
SED – So endet diese Republik	11. November, Plauen, Transparent.
Deutschland einig Vaterland!	13. November, Leipzig, Sprechchor.
Schwarz-rot-gold. Sachsen Freistaat. Freies Europa.	13. November, Leipzig, Transparent.
Nieder mit der SED!	17. November, Auerbach, Sprechchor.
Volkskammer weg!	17. November, Auerbach, Sprechchor.
Vogtland unsere Heimat. Deutschland unser Vaterland. Europa unsere Zukunft	17. November, Auerbach, Transparent.



<http://www.springer.com/978-3-531-18550-7>

Politik in Sachsen

Jesse, E.; Schubert, Th.; Thieme, T.

2014, X, 349 S. 12 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-531-18550-7